

Die Halle wöchentlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Abnahme 7,25 M., durch
die Post 3,25 M., auswärts Zustellungs-
gebühren. Bestellungen werden nur an
Nachgeschickten angenommen.
Das amtliche Zeitungs-Verzeichnis
unter "Saale-Verlag" eingetragene
hat unentgeltlich eingehende Manuskripte
für den Druck übernommen.
Wieder nur mit Druckangebot:
"Saale-Verlag" gestattet.
Herausgeber der Redaktion Nr. 1140:
Herrmannstr. 17; Reichsgerichtshof
(Markt 2) Nr. 225.

Saale-Beitung.

Dreizehnter Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder deren
Raum mit 50 Pfg. pro Zeile und
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von unserer Annahmestelle
und allen Annoncen-Expeditionen an-
genommen. Reklamen die Seite 75 Pfg.
Sonderlich wöchentlich 10 Pfennig,
Sonntags und Montags einmal,
sonst zweimal täglich.

Redaktion und Druck- & Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Sandhausstraße 17;
Reichsgerichtshof: Markt 24.

Nr. 321.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 12. Juli

1906.

Das abessinische Abkommen.

Das Abkommen, das zwischen England, Frankreich und
Italien über Äthiopien-Affesinien getroffen worden, ist
von der italienischen Regierung in Berlin mitgeteilt und die
deutsche Regierung hat sich damit zufrieden gegeben. Wir
finden nicht, wie die drei genannten Staaten, mit Kolonial-
besitz direkt benachbart; wir denken nicht daran, uns ohne
Not in politische Händel zu mischen, die uns nichts angehen.
Wir begnügen uns, wenn auch in Äthiopien wir wirtschaftlich
gleichberechtigt konkurrieren können, wenn die
"offene Tür" gewahrt bleibt.

Zeit und Schwierigkeiten genug hat es wegen dieser,
allerdings verhältnismäßig reichen und gut kultivierten Ge-
biete des südwestlichen Ostafrikas gegeben. Die Italiener wurden
vor 12 Jahren, als sie ihren neu erworbenen Kolonialbesitz
von Mahdum an Äthiopien übergeben wollten, durch die
von Kaiser von Äthiopien herab geschickten, daß sie ihre
Expansionspolitik ganz aufgaben. Ein paar Jahre später
kam Major Marchand, der den afrikanischen Kontinent von
West nach Ost durchqueren hatte, in Fashoda am Nil an.
Der südl. Nil der Franzosen, ihr afrikanisches Kolonial-
recht nach West nach Ost durch den ganzen Sudan ununter-
brochen durchzuführen, schickerte an Englands scharfem
Blickfeld. Damals zeigten sich für kurze Zeit französische
Kommissionen sogar bereit, unter Aufgabe der Fashoda-
Seite an Seite mit Deutschland gegen England zu Felde
zu ziehen — wenn Deutschland sich dazu hergeben hätte.
Herr von Bülow ist ja seitdem intimer Freundschaft gewichen,
die jedoch nicht hinderte, daß von englischer Seite dem
französischen Vorgehen in Äthiopien kräftig Knüttel
zwischen die Reine geworfen wurden. Nebenbei bemerkt,
haben die Engländer auch ihrerseits im Süden jener heißen
Landstriche recht schlechte Erfahrungen gemacht. In der
Somalilandschaft sind sie über drei Jahre mit großen Opfern
an Gut und Geld Krieg gegen den "falschen Allah", ohne
denen habhaft zu werden und ohne sonst wirkliche Erfolge
zu erreichen.

Interdessen war von dem französischen Hofen Dschibuti
aus mit französischem Gelde, unter Leitung des schweizerischen
Ingenieurs Jig, der am Hofe des Negus Menelik eine Art
Ministerrolle spielte, der Bau einer Eisenbahn ins Innere
begonnen die nach Harrar und Mis-Abeba führen und recht
eigentlich Äthiopien, das nicht direkt an das Meer stößt,
mit diesen verbinden und erschließen sollte. Die Wichtigkeit
einer solchen Eisenbahn liegt klar. Als nun der französische
Unternehmung das Geld ausging, versuchten die Engländer
einzuwirken und sich als weitere Geldgeber den Haupt-
einsatz auf die Bahn zu sichern. Um solche Depositionen
von England aus zu verhindern, bewilligte das französische
Parlament der Eisenbahn Dschibuti-Harrar eine Subvention
von 25 Millionen Franc, zahlbar mit je einer halben Million
innerhalb 50 Jahren. Damit ist aber die französische Bahn-
unternehmung aus dem Schwirrigkeiten noch nicht heraus.
Die Franzosen haben überdies zu klagen, daß die Engländer
durch Bevorgung von Heiligtümern des Kaiser Dschibuti
Projekt englischer Konfurrenzbahnen tauchten auf usw.
Entschieden ist die Italiener, zum Verdruß ihrer neuen
Freunde, der Franzosen, auch wieder zur Seite und ver-
langten ihren Teil an der Unternehmung. König Menelik
sucht sich natürlich unabhängig zu halten und für sich
den besten Vorteil aus der Qualität der Mächte zu
schlagen. Die Eisenbahn will er begrifflicherweise lieber
international verwirklicht, als in den Händen einer einzelnen
Macht zu wissen. Wie die Angelegenheiten geregelt sind, wird
man wohl nächstens aus dem nun zwischen England, Frank-
reich und Italien abgeschlossenen Verträge erfahren.

Das Deutsche Reich hat sich, worauf wir erst vor kurzem
hinwiesen, entsprechend vorgesehen. Voriges Jahr wurde
unter Regierungsrat Hofen, der nachher Gesandter in
Marokko wurde, eine Expedition nach Äthiopien veranlaßt,
die gut aufgenommen ward. Ein Handelsvertrag ist ab-
geschlossen, eine Ministerresidentur errichtet. Neuerdings ist
eine wirtschaftliche Expedition unter einem tüchtigen Kenner
des Landes, Kommerzienrat Bock aus Berlin, im Werke.
Wir dürfen also der weiteren Entwidlung der Dinge
vorerst ruhig zusehen. Erinnerung mag noch werden, daß
nach den Engländern eigentlich die Rußen die ersten waren,
die auch in Äthiopien Vordringen zu lassen suchten. Sie sind
nun von diesem Wettbewerz vorerst völlig ausgeschlossen.

Das London schreibt man uns hierzu noch: In parlamen-
tarischen Kreisen hat man den Verdacht, daß die britische
Regierung, um Frankreich zu verbinden, in dem neuen, Äthiopien
betreffenden Übereinkommen auf den Ausbruch der diplomatische
Verbrecher-Harrar durch Britisch-Somaliland verzichtet hat.
In einem gewissen Maße würde selbstverständlich diese Strecke
mit der französischen Linie von Dschibuti konkurrieren, was aber
nur so lange von Bedeutung war, als zwischen den beiden
Mächten kein Übereinkommen über die Bahn war. Es ist nicht um
den Ausbruch des Äthiopien, so wie die wichtige Linie
die Äthiopien mit dem Roten Meer verbindet und dadurch auch
für Ägypten und den Sudan von größter Wichtigkeit ist, schon
lange angebahnt und Kaiser Menelik war dem Projekte gewogen.
Im Unterhause wurde deswegen eine Anfrage an die Regierung
gerichtet und Herr Lloyd-George verlangte zu wissen, ob er mit
Frankreich und Italien geschlossene Verträge eine Zustimmung
enthalte, die es in England verleihe — es wäre denn, daß Downing
Street auf das Recht verzichtet hätte, Somaliland mit einem
besseren Transportwege zu versehen. Dies wäre im höchsten
Grade bedauerlich, denn diese Bahnlinie ist für militärische
und für Handelszwecke von großer Wichtigkeit. Zu gleicher Zeit
aber externen wir an, daß es von größter Bedeutung ist, in
allen Fragen, die Äthiopien betreffen, mit Frankreich Hand in
Hand zu gehen.

haben wir nach Prof. Emsend das unterzeichnete Urteil unserer
klassischen Denker und Dichterperiode zu erwidern. Schiller
machte die Zeitung als Zeichen seiner Zeit: Monarchie, Gerechtigkeit
und heutzutage die Beteiligung am Gemeinwohl, was die wichtigste An-
sichtung von der nationalen Gemeinschaft. Was die Welt die
weltweit die Einkommensungleichheiten übertragen sind
auf uns und unsere Tage und beantwortet diese Frage dahin,
daß jeder die Berechtigung und Pflicht hat, denjenigen Be-
urteilung der öffentlichen Verhältnisse, die er für die rechte hält,
nach besten Vermögen Einfluss und Geltung zu verschaffen.
Trotzdem aber wird der Arbeiter, nach dem Herrn Schiller
machte sich wohl hüten, jedenfalls ein politisches Programm zu
entwickeln oder das Christentum, dessen verantwortlicher öffentlicher
Redakteur er ist, mit irgend einem formulierten politischen
Bekanntnis gleichzusetzen und zu belächeln. Als Verdränger des
Evangeliums kennen wir keine politische Partei und
werden sie eine kennen; als Vertreter der Staatskirche sind wir
doppelt beugsam, miteinander zu verbinden, was zeitlich
aufeinander zu halten ist. Vor allem: Wir denken nicht daran,
unser Glaubensgemeinschaft als Stütze begünstigter Ein-
richtungen den öffentlichen Gewalten zu empfehlen.

Die Wahl in Altensachsen.

Man schreibt uns aus Berlin: Im Wahlkreise ist die Meinung
verbreitet, daß die Sozialdemokratie, die als größte
Partei im Kreise von vierzehn Wählern war, in die Wahl-
kammer zu kommen, einige Hundert Stimmen zugunsten des Zentrum-
partei mit dem Zentrum eine Zentrum-Partei herbeizuführen,
weil nur in diesem Fall die Wahlfähigkeit eines Wahlfähigen
gegeben seien. Ob ein solcher Erfolg tatsächlich erzielt werden
kann, läßt sich aus den Einzelereignissen natürlich schwer fest-
stellen; jedenfalls ist die Zunahme der Zentrumstimmen in
einer ganz überaus ungewöhnlichen Weise nicht möglich, ausfallig,
zumal schon bei der letzten Wahl im Jahre 1905 das Zentrum
alles aufgehoben hatte, um dem ihm wegen der Beteiligung im
Wahlkreisprozeß höchst mißliebigen Ag. Lennemann das Mandat
zu entreißen. Für die Stichwahl wurde von den unterlegenen
Parteien als Barolo: Unterlegung des Zentrum gegen die
Sozialdemokratie ausgesprochen. Dieser Barolo hat
ein Ziel der bürgerlichen Wähler nicht Folge geleistet.
Wenn auch angenommen werden kann, daß die Sozialdemokratische
Partei sich durch den Erfolg, so ist die Wahlfähigkeit der
Sozialdemokratischen Partei nicht Folge geleistet.
Die zentrale Vertretung der freiwirtschaftlichen Volkspartei
im Wahlkreise, eine aus allen Teilen des Wahlkreises herbeizuführen
Vertrauensmännerbestimmung, hatte einstimmig beschlossen, den
freiwirtschaftlichen Wählern die Unterlegung des Zentrumskandidaten
zu empfehlen, wenn dessen Wahl, weil die Sozialdemokratische
Wahlkreisoberung des Kreises als beim Siege des Sozialdemokraten
bestand. Auch der unterlegene nationalliberale Kandidat hat
Wahl des Zentrumskandidaten aufgegeben. Gleichwohl hat ein
erheblicher Teil der liberalen Wählererschaft abgesehen, dem
Zentrum Beifolge zu leisten. Bei der allmählich entwickelten
Gemeinschaft zwischen Zentrum und Nationalliberalen im Wahl-
kreise ist zu erwarten, daß die Sozialdemokratische Partei
Wähler sich gewogen haben, der ausgesetzten Barolo zu folgen.
In derselben Angelegenheit schreibt die "All. Post.": Wenn
in einzelnen Wählern es zu bargeht wird, als ob die national-
liberalen Wähler allenfalls nur dadurch der Sozialdemokratie
zum Siege verholfen haben, daß sie den Gang zum Wahllokal
überhaupt nicht antraten, der Zuwachs von 5000 Stimmen, den
die Sozialdemokraten zu verzeichnen hatten, aber allein auf den Konto
der freiwirtschaftlichen Volkspartei zu setzen ist, so steht dies für
den Beweis. Die Nachwahl in Offen hat in Aussicht, daß die Zahl
der Nationalliberalen wahrlich keine geringe ist, die den Sozial-
demokraten gegenüber dem Zentrumsmann für das kleinere
Mebel halten. Die Sozialdemokratie, die seit den letzten all-
gemeinen Wahlen einen Misserfolg nach dem andern zu ver-
zeichnen hat, hat sich hier bei der Wahl der Sozialdemokraten,
die das Zentrum aber durch den Gewinn der Wahl im ersten
Wahlzuge sich schon zu den nächsten Hoffnungen in absehbarer
Angelegenheit überwiegen evangelischen Wählern berechtigt glaubt,
bedeutet der Ausgang der Wahl doch einen erheblichen Dämpfer
und es wird bis zu den nächsten Wahlen wohl zu der Überzeu-
gung gekommen sein, daß Dula renkte in Wahlkreise,
wie Danzig, Sied und Land, Westfalen, Land, Werra usw. doch

Deutsches Reich.

Der Kaiser in Tromsø.

Kaiser Wilhelm II ist gestern abend um 8 1/2 Uhr an Bord
der "Samburg" in Tromsø eingetroffen. Eine große Menschen-
menge hatte sich am Kai versammelt und brachte dem Kaiser
lebhaftest Glückwünsche dar.

Sol- und Personalnachrichten.

Der Vorsitzende des Zentralvorstandes der nationalliberalen
Partei, Abg. Haffner, ist am 11. d. M. in Tromsø, Danzigs, in
Baben-Baden (Hotel Esplanade) die Zeit seiner silbernen
Hochzeit.

„Ueber Christentum und Politik“

äußert sich der derzeitige Rektor der Strohberger Kaiser
Wilhelm-Universität, Prof. Dr. Emsend, in seiner letzten im
Druck erschienenen Schrift über die „politische
Verhältnisse in Deutschland“. Herr Emsend vertritt hier
vornehmlich die Ansicht, daß die Kirche in Deutschland
vornehmlich die Aufgabe hat, die moralische Grundlage für
den Christen und vertritt ausdrücklich auch auf der Kanzel
Vorrang für irgend ein religiöses Bekenntnis. Unsere Volks-
gemeinschaft muß unabhängig bleiben von jeder Form des
Christentums. Daher verpflichtet auch nicht den religiösen
Menschen zu einem bestimmten politischen Programm. Darin

Heinlleton.

Berliner Plauderei.

Der große Exodus aus der Stadt des Staubes und der
Brandigen Budelei hat mit einer unerhörten Wucht ein-
gesetzt. Am letzten Sonntag haben fast zwei hundert-
tausend und Ferienreisende Berlin verlassen, das sind
etwa neun Prozent der Bevölkerung. Nicht genügend,
um eine Lücke im Straßenleben hervorzuufen, aber hin-
reichend, um die armen Eisenbahnbeamten in neben-
gerückter Tätigkeit zu setzen und die Jüge zu überfüllen.
Wie immer, war es der Sekretär Wahnhoff, der die
Hauptrolle zu tragen hatte; über ein Viertel des gesamten
Ferienverkehrs mußte er bewältigen. In einzelnen Tagen
wurden wurden dem Jüge abgelaufen. Die Jüge mit
ihren schönen Sandstränden, die einmal der Berliner
Niesenbadeanlage in deren Benutzung sie sich mit ihren
Stammesgenossen, den Sächsen, freundschaftlich teilen. Ich
war um die Mittagsstunde auf dem Sächsischen Bahnhof, der
einen so schmerzlichen und unglückseligen Eindruck macht.
Unter der gewaltigen Halle fanden und gingen wohl an
hunderttausend Menschen, jeder von ihnen bedeckt, sei es auch
nur mit einer Handtasche. Ein lautes Fragen, Streifen,
Rufen — der veritable Hymenfabrik. Kinder verlieren sich,
Mütter heulen, Väter schimpfen, und inmitten des Varmes
hand der rotemmige Stationsvorsteher in eheiner Ruhe,
alle Interpellationen geduldig beantwortend. Nur einmal
legte sich auf seinem ersten preussischen Beamtengehalt die
Wangung eines Säbels. Das war, als eine dürre, lang-
gehobene ältere Frau zu ihrem Manne, einem kleinen
Juni zwei und einen halben Zentner, der just in das Compé

einfiel, sagte: „Justus, nimm dir vor den Mann mit de
Masse in acht.“ Eine Anspielung auf den räuberischen
Leberfall auf die Familie des Geheimen Finanzrates Koelle
während der Eisenbahnfahrt nach Nordsee. — Das
Altenat, dessen Arbeiter man immer noch nicht dingfest
machen konnte, bemühnlich die Berliner fast ebenso intensio,
wie die Wiesener, deren Wirkung sich bereits am
Freitag bemerkbar machte. In verschiedenen Kofalen der
Sonntagsschicht, in denen bisher ein halbes Dutzend dieser
für dreißig Pfennig ausgesetzt wurde, gelangten zum
ersten Male vierzehn in die Gefängnisse zur Anwendung. Ein
Verfahren, das mit willkürlichen Ansetzungen wurde
und viele Biertrinker zur Herabsetzung ihres Konsums ver-
anlaßte. In der Tat steht die Mehrzahl von fünfzehn
Mann für den Sektolier, die den Bierwirten durch dieses
willkürliche Verfahren erwächst, in seinem Verhältnis zur
Gabe der Biersteuer, aus der die Herren nunmehr ein
Ertragsprozent herauszuholen wollen. Eine sehr bedenkliche
Prozedur, die leicht einen Niedergang im Abich der echten
Biere nach sich ziehen kann.
Die zweite einschneidende Menerung, die sich in Groß-Berlin
recht unangenehm bemerkbar macht, ist das Verschwinden der
beliebten blauen Dreipennig-Karte. Wie sagen, die Be-
steuerung des Dreipennig. Sie hat bereits eine Ein-
schränkung des politischen Verkehrs bei den Anfahrtskarten
gesegelt, die aus den neuen Anfahrtsorten innerhalb des
Dreipennig nach Berlin gefandt werden. Die Berliner, in
ihrer Erbitterung gegen die Erhöhung der Frankatur, haben
in der Weise dagegen Front gemacht, daß sie einfach weniger
Anfahrtskarten verhandeln, deren Zahl um mehr als die
Hälfte zurückgegangen ist.
Noch eindringlicher haben mehrere große Geschäftshäuser
gegen die Erhöhung des Dreipennig protestiert. Sie sind
dahin gekommen, junge Fahrabboten anzustellen, durch die

die ihre Drucksachen, Rechnungen und Geschäftspapiere, soweit
möglich zulässig, austragen lassen. Bei Firmen, die sich
eines großen Verkehrs erfreuen, stellt sich der Lohn für die
Boten geringer, als die Ausgabe für die höchsten Portolage.
So dürfen die Väter des neuen Portolageausens an ihrem
unglückseligen Kindern wenig Freude erleben.
Im übrigen hat sich der Berliner Geschäftswelt, soweit
die offenen Verkaufsläden in Betracht kommen, eine nervöse
Spannung bemächtigt, die in gereizten Diskussionen und
erregten Debatten ihren Ausdruck findet. Die Stimmung
über den Auftragsladerauschlag hat begonnen, und sie
wird bis zum 14. Juli. Ein Drittel der beteiligten Geschäfts-
männer hat den Antrag auf eine von acht bis zu acht abends
bis sieben Uhr morgens, während der Laderauschlag
geht gestellt, die für familiäre oder beruflichen
Landespolitikbestimmungen gelten soll, mit Ausnahme der
Landespolitikbestimmungen, Kolonialwaren, Konfitüren, Präparaten,
Seifen und Drogenwaren. Wohl haben sich verschiedene
geschlossene Korporationen, die Händler von Eisenwaren,
Schuhwaren, Goldwaren und Papierwaren, für den Antrag
erklärt, aber ein großer Teil von Gewerbetreibenden kon-
servativer Struktur agitierte erbittert dagegen. Da just diese
Herren einen starken Einfluss ausüben, so verbleibt das
Angebot der Abstimmungsfrage hin und her. Vom Stand-
punkt einer gebunden und humanen Sozialpolitik ist zu
wünschen, daß die von modernem Geist geleiteten Antrags-
steller durchdringen; sie können es nur, wenn zwei Drittel
der Abstimmenden mit ihnen gehen. In Großstädten, wie
Köpenhagen und London, schließen die Ladengeschäfte bereits
um sieben Uhr, und man sollte in Berlin den Auftragslader
um so eher einführen können, als die Delegierten der Berliner
Gewerkschaftskommission jetzt erfolgreich dahin wirken, daß
die Mitglieder und deren Angehörige ihre Einkäufe spätestens
bis acht Uhr abends befragen. Just die Arbeiter aber

